

# Religiöse Gebote wichtiger als Gesetze

Laut einer neuen Studie stellen 40 Prozent der Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak religiöse Gebote über staatliche Vorschriften. 81 Prozent sprechen sich für die Befolgung religiöser Kleidervorschriften aus.

*Kim Son Hoang*

**Wien** – Integrationsminister Sebastian Kurz (ÖVP) hatte drastische Zahlen im Gepäck. Eine davon: 40 Prozent der aus Syrien, Afghanistan und dem Irak kommenden Flüchtlinge würden religiöse Gebote über staatliche Vorschriften stellen, verriet Kurz am Montag anlässlich der Integrationskonferenz „Vienna Future Talks“.

Diese Zahl gehört zu den vorläufigen Ergebnissen einer neuen Studie, die die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) im Auftrag des Integrationsministeriums durchgeführt hat. Demnach halten 90 Prozent der Befragten Demokratie für die ideale Staatsform, 82 Prozent sind für die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Auf der anderen Seite sprechen sich 81 Prozent für die Befolgung religiöser Bekleidungs Vorschriften in der Öffentlichkeit aus. 37 Prozent der Befragten wünschen sich getrennten Turn- und Schwimmunterricht und 18 Prozent einen getrennten Religionsunterricht – genauso viele lehnen eine Berufstätigkeit der Frau eher ab.

Die ÖAW hat für die Studie im Sommer und Herbst 2016 rund 900 volljährige Flüchtlinge aus Syrien (43 Prozent), Afghanistan (37 Prozent) und dem Irak (20 Prozent) durchgeführt. Etwa 80 Prozent davon waren männlich.

61 Prozent der Befragten, so die Studie, stuften sich als religiös

ein; 28 Prozent gaben an, fünfmal am Tag oder öfter zu beten; nur zwei Prozent gehören keiner Religionsgemeinschaft an. Was das Zusammenleben mit anderen Religionen betrifft, so bewerten das 83 Prozent der Flüchtlinge als durchwegs positiv.

## Religionen nicht gleichwertig

Allerdings bewerten 45 Prozent der Befragten Religionsgemeinschaften nicht als gleichwertig – diese Einstellung ist laut ÖAW besonders häufig bei den befragten Afghanen festzustellen gewesen. Und lediglich 39 Prozent würden ohne Vorbehalte eine Eheschließung ihrer Kinder mit einer Person aus einer anderen Religionsgemeinschaft akzeptieren.

Schließlich akzeptieren 88 Prozent der Befragten die österreichischen Lebensgewohnheiten im Allgemeinen. Allerdings halten sie 38 Prozent für sich selbst für zu freizügig.

Diese Zahlen, so Kurz, belegen, weshalb die anfangs so heftig kritisierten Wertekurse für Flüchtlinge eine Notwendigkeit seien. Die Befragten hätten viele Werte noch nicht verinnerlicht, was eine „große Herausforderung“ darstelle. Am Montag besuchte der Integrationsminister im Rahmen der Integrationskonferenz gemeinsam mit internationalen Regierungsdelegationen einen Wertekurs im Integrationszentrum in Wien-Landstraße. Es sei wichtig, Grundwerte vorzuleben und sie in Kur-

sen zu vermitteln, sagte Kurz dabei. Aber es sei auch wichtig, klare Grenzen vorzugeben, wenn es Verstöße gibt.

Die zusammen mit dem AMS angebotenen Orientierungs- und Wertekurse wurden Anfang 2016 eingeführt, seitdem nahmen rund 15.000 Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte und Asylwerber an den achtstündigen Seminaren teil. In manchen Bundesländern droht eine Kürzung der Mindestsicherung, wenn kein Wertekurs besucht wird.

Im vergangenen Jahr waren die Afghanen laut Statistik des Innenministeriums die stärkste Nation bei Asylanträgen mit 11.742. Dahinter folgten Syrer mit 8845 und Iraker mit 2837.



**Integrationsminister Sebastian Kurz beim Besuch eines Wertekurses für Flüchtlinge am Montag im Integrationszentrum Wien. Der ÖVP-Politiker drängt auf ein neues Integrationspaket.**